

POLITIK

Rückblick auf die Frühjahrssession

Die Migrationspolitik prägte auch nach der Abstimmung vom 9. Februar die Frühlingssession der Eidgenössischen Räte. Es standen eine Reihe migrationspolitischer Themen im National- und Ständerat zur Debatte; dabei ging es um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, um die Ecopop-Initiative oder um die Einbürgerungsanforderungen, wo sich National- und Ständerat nicht einig wurden.

Keine vollständige Liberalisierung von Gewerbeabfällen

Für die Sammlung und Verwertung von Gewerbeabfällen für Klein- und Mittelbetriebe sollen weiterhin die Kantone und Gemeinden zuständig sein. Nachdem der Nationalrat der entsprechenden Motion von Nationalrat und Städteverbandspräsident Kurt Fluri (FDP/SO) zugestimmt hatte, bestätigte nun der Ständerat mit 22 zu 15 Stimmen diesen Entscheid. Die vom UVEK geplante weitgehende Liberalisierung des Abfallmarktes hätte den Kantonen die Abfallplanung verunmöglicht. Städte und Gemeinden hätten die Rechtsgrundlagen für die Erhebung von Abfallgrundgebühren beim Gewerbe im Umfang von jährlich 150 Mio. Franken verloren. Die weitgehende Liberalisierung hätte zudem zu Mehrverkehr geführt.

Radio- und TV-Gebühr für alle Haushalte und Firmen

In Zukunft sollen alle Haushalte und Firmen in der Schweiz eine Radio- und TV-Abgabe bezahlen, unabhängig davon, ob sie ein Radio oder einen Fernseher besitzen. Der Nationalrat sprach sich für das neue Radio- und TV-Gesetz aus und reagiert damit auf die technologische Entwicklung, bei der immer mehr Leute Programme über Computer

und Smartphones konsumieren. Die grosse Kammer lehnte dabei auch ein sogenanntes «Opting Out», eine Abmeldemöglichkeit für Radio- und Fernseh-Abstinenten, ab. Einzig für eine Übergangszeit von fünf Jahren kann man sich von der Radio- und TV-Abgabe abmelden.

Zweite Gotthard-Röhre

Nach langer Debatte stimmte der Ständerat dem Bau einer zweiten Röhre durch den Gotthard zu – mit 25 zu 16 Stimmen. Er folgte damit dem Vorschlag des Bundesrates, der argumentiert, dass es damit zu keiner Kapazitätserweiterung komme. Durch den Bau der 2. Röhre soll die Sanierung des bestehenden Tunnels nur zu einem kurzen Unterbruch der Strassenverbindung ins Tessin führen. Das letzte Wort dürfte das Volk haben, weil Bundesrat und Ständerat den Entscheid dem fakultativen Referendum unterstellen wollen. Für den Städteverband ist entscheidend, dass die Kosten für den Gotthard nicht zulasten der Agglomerationsprojekte gehen.

Gesetz rehabilitiert administrativ versorgte Menschen

Menschen, die in der Schweiz bis 1981 ohne Gerichtsurteil weggesperrt wurden, werden vom Gesetz rehabilitiert. Nachdem der Ständerat mit einer Differenz zu den Schutzfristen die Vorlage gutgeheissen hat, bereinigte der Nationalrat in der Schlussabstimmung das Gesetz, welches Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen rehabilitieren soll. Der Nationalrat schloss sich dem Beschluss des Ständerates an, welcher der Ansicht war, dass die geltenden Archivierungsgesetze, die kürzere Schutzfristen vorsehen, angewandt werden können.